

Andreas Leps
Fraktionsvorsitzender

Benjamin Fröhlich
Fraktionsgeschäftsführer

Burgplatz 5, 99423 Weimar
Tel: +49 3643 902087
Fax: +49 3643 4920709
www.gruene-weimar.de
info@gruene-weimar.de

Weimar, den 13.04.2017

Newsletter Nr. 10 der Stadtratsfraktion

Liebe Freundinnen und Freunde,

hier kommt nach längerer Pause wieder ein Newsletter der Stadtratsfraktion. Es hat sich einiges in der Stadtpolitik getan. Wir haben einiges getan. Nicht alles können wir darstellen. Manches sind auch laufende Prozesse, deren Ergebnisse noch nicht darstellbar sind. So haben wir Gespräch in der Staatskanzlei geführt zum Kunstfest und zu einem Kulturstadtfinanzierungsvertrag. Wir haben mit der Stadtwirtschaft und den anderen Fraktionen gesprochen zur Verbesserung des Stadtbussystems. Es finden Sprechstunden statt, in denen die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Anregungen oder Sorgen mitteilen, wir treffen uns mit den Koalitionspartnern, machen Pressegespräche, Arbeitsgruppen tagen, wir werden eingeladen von diesen oder jenen... Das alles findet ständig im Hintergrund statt und lässt sich unmöglich alles aufschreiben.

Was sich aufschreiben lässt, sind Zusammenfassungen der Stadtratssitzungen. Und zu dreien, noch aus dem letzten Jahr, findet Ihr hier Informationen.

Genießt die freien Tage über Ostern, wir tun selbiges.



Stadtratssitzung vom 15. Juni 2016

Eine lange Tagesordnung mit 16 Anfragen und 25 Anträgen war für diese Sitzung vorgesehen, nicht alle wurden letztlich behandelt.

Wir hatten wieder einige Anfragen eingereicht. Im einzelnen war das zur Nahwärme für das Neue Bauhauseum, zum Baugenehmigungsverfahren für das Einzelhandelsvorhaben am Standort Damaschkestraße, zu Folgen eines Gerichtsurteiles, zum Geschützten Landschaftsbestandteil am Travertinsteinbruch in Ehringsdorf, damit korrespondierend noch eine Anfrage zur Zukunft des Standortes der ibu-tec in Ehringsdorf, ferner zur Haltung der Stadt Weimar zur Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge und zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED. Wie immer stellen wir Fragen und Antworten gern zur Verfügung, ihr findet Sie auch auf unserer Internetseite.

Wird der Geschützte Landschaftsbestandteil (GLB) Travertinsteinbruch in Ehringsdorf von dem weiteren Ausbau der Firma ibu-tec in Ehringsdorf bedroht? Hinweise von Naturschützern und AnwohnerInnen scheinen darauf hinzudeuten. Das war der Anlass unserer Fragen zu Ehringsdorf. Der ablehnenden Haltung der Stadt Weimar zur Einführung der Elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge sind wir mit der nächsten Anfrage nachgegangen. Die Antworten dazu wurden über das Büro unserer Landtagsabgeordneten Astrid Rothe-Beinlich an die Integrationsbeauftragte des Landes gegeben, die sich darüber sehr verwundert zeigte. Sie suchte folgend das Gespräch mit der Stadt. Im Ergebnis wurden einige unklare Punkte so gut ausgeräumt, dass die Stadt zur Befürworterin der elektronischen Gesundheitskarte wurde. Allein der entfallende Verwaltungsaufwand rechtfertigt die Einführung schon allein. Hier haben wir gern bei einer Verständigung geholfen.

Um das neue Bauhausmuseums und das Landesverwaltungsamtes gruppieren sich weitere größere öffentliche Gebäude, wie das Neue Museum oder die Weimarahalle. Wäre es da nicht sinnvoll, über eine gemeinsame Nahwärmeversorgung wenigstens nachzudenken? Diese Fragen haben wir mit in den Bauausschuss genommen, bekamen dort aber kaum Antworten. Hauptgrund dafür, dass es nichts wird, sei die Weigerung des Landes, sich mit seinen Immobilien zu beteiligen. Dem werden wir noch nachgehen.

Der Komplex „Einzelhandelsvorhaben am Standort Damaschkestraße“ beschäftigte uns über viele Wochen immer wieder. Unsere Anfrage brachte kaum neue Erkenntnisse, es wurde ausgewichen, es wurden Gesetze zitiert. Fakt ist: Das ist und bleibt die alleinige Entscheidung des Oberbürgermeisters. Das Verfahren zur Genehmigung des Projektes wurde bewusst so gewählt, um Stadtrat und Öffentlichkeit nicht beteiligen, ja nicht einmal informieren, zu müssen. Dazu wurden sogar Gutachten (Einzelhandelskonzept) im Nachhinein „angepasst“. Ein Verkehrs“gutachten“ im Auftrag des Investors ist, nun ja, im besten Falle unangemessen. Weil dazu sonst schon viel gesagt und berichtet wurde, hier nur ein treffendes Zitat von Rudolf Keßner zum Abschluss „Wir wurden von Anfang an verar...“

Die Antworten zur Umrüstung von städtischer Beleuchtung waren ernüchternd. Von rund 7.200 Leuchtpunkten im Stadtgebiet sind bisher (Mitte 2016) 256 auf LED umgestellt, in 2015 davon

51, für 2016 ist die Umrüstung weiterer 49 Leuchten geplant, für 2017 seien weitere 38 geplant. Wie lange es dauern wird in diesem Tempo, bis alle Leuchtpunkte umgestellt sind, ist eine sich aufdrängende, aber rein rhetorische Frage.

Aufgrund der hohen Anzahl von Fragen wurden manche nur schriftlich oder in der nächsten Stadtratssitzung beantwortet.

Nicht behandelt wurden auf der Stadtratssitzung Anträge zu einer Veränderungssperre für das Gebiet an der Damaschkestraße, ebenso wie eine Änderung der Regelungen zur Abfallwirtschaft (u.a. zu Mindestmengen und Gebühren).

Eine größere Debatte entspann sich um einen Dringlichkeitsantrag zur Finanzierungsvereinbarung für DNT und Staatskapelle Weimar. (Merke: Wichtiges kommt oft ganz plötzlich in den Stadtrat) Mit dem Vertrag zwischen Land und Stadt wird die Finanzierung des DNT bis 2021 gesichert und bis 2024 prinzipiell zugesichert. Für DNT und Staatskapelle ist damit die Eigenständigkeit und der Erhalt aller Sparten gesichert. Wir hätten uns auch ein DNT als Staatstheater Thüringen mit Sitz in Weimar und zweiter Spielstätte in Erfurt vorstellen können. 29 Zustimmungen, darunter unsere, gab es für den Vertrag.

Mit großer Mehrheit (33 Stimmen bei 3 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen) beschlossen wurde das Ende des beitragsfreien Kindergartenjahres zum 30.06. Mittlerweile ist ja auch auf Landesebene festgezurrert worden, dass ab 2018 das letzte Kindergartenjahr gebührenfrei werden wird. Weimarer Eltern werden somit in jedem Falle davon profitieren können, manche sogar zweifach.

Unsere Anträge zur Teilnahme der Stadt Weimar am Netzwerk der Bio-Städte und zu einem Wartebereich an der Ostseite des Baudertplatzes für Fern- und Regionalbusse wurden mit einer Rede eingebracht und in den Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Für größeren Ärger sorgte ein Beitrag, den wir für den städtischen Rathauskurier am 20. Juni eingereicht hatten. Wir wollten nämlich unter der Überschrift „Verkorkste Stadtentwicklung“ unsere Ansicht zu Einzelhandelsflächen der Stadt Weimar kundtun. Das aber wurde zurückgewiesen, angeblich, weil die Fraktion kein Recht hätte, über den "übertragenen Wirkungskreis" ihre Meinung zu äußern. Die wäre auch äußerst kritisch mit der Politik des Oberbürgermeisters gewesen. Zensur? Ach wo denn. Wir durften ja einen Ersatzartikel schreiben, in welchem wir dann nur aber auf den Originalartikel hingewiesen haben. Und auch bei dem Ersatz wurde seitens der Stadt der Zensur-, äh nein der Rotstift angesetzt und der Link zum Artikel auf unserer Homepage gestrichen. Lest hier unsere Mitteilung mit den Links zu den zwei Beiträgen: <http://gruenlink.de/1c79>.

In die Sommerpause platzte dann die Nachricht, dass der neue Bundesverkehrswegeplan Weimar wieder einmal eine Ostumfahrung bescheren will. Betonmischer spielen bei Dobrindt und Co. die erste Geige: <http://gruenlink.de/1c7a>. CDU und SPD haben es im Bundestag Ende des Jahres 2016 auch so abgenickt. Dazu haben wir energisch Stellung bezogen, dabei auch auf die Änderungsanträge der grünen Bundestagsfraktion zugunsten der Mitte-Deutschland-Verbindung und gegen die Ostumfahrung hingewiesen: <http://gruenlink.de/1c7c>. Die Anträge wurden alle von CDU und SPD niedergestimmt. Seltsam war dann, dass im aktuellen Tiefurt-Journal zu lesen ist, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN hätten sich nicht dazu geäußert.

Unsere Haltung ist dabei so klar wie eindeutig – in einer Stadt, in der seit Jahren der Autoverkehr langsam aber stetig zurückgeht, braucht es keine Umfahrungen, sondern intelligente Verkehrsorganisation.

Stadtratssitzung vom 14. September 2016

Zur Sommerpause hatte Rebekka Höfer aus gesundheitlichen Gründen ihr Mandat niedergelegt, Sigrun Lüdde ist nun offiziell die Nachfolgerin im Stadtrat. Bereits in der letzten Legislatur war sie in den Stadtrat nachgerückt: Willkommen zurück im grünen Team!

Wir hatten wieder einige Anfragen und Anträge eingereicht.

Für größere Aufregung sorgte unsere Anfrage zur Tourismusfreundlichkeit der StadtbushalterInnen. Wir haben hier einen in den sozialen Netzwerken geschilderten Fall aufgegriffen und nachgefragt, ob an dem beobachteten vermeintlichen fremdenfeindlichen Vorfall mit einem Stadtbushalter etwas dran sei. Der konkrete Fall klärte sich aber als ein Missverständnis auf. Wir sehen in der Tourismusfreundlichkeit aber durchaus Verbesserungspotential: <http://gruenlink.de/1c7d>.

Ist die Stadt bereit, dem Stadtrat eine aktuelle Prioritätenliste für Straßen-, Rad- und Fußwegsanierung mit den entsprechenden Summen zu übergeben, war der Kern unserer zweiten Anfrage. Nein, weil es eine solche gar nicht gäbe, bzw. gerade erst entwickelt würde. Aber eine Liste der in den letzten nicht realisierten Bauvorhaben könnten wir bekommen. Schließlich haben wir, wie fast jedes Jahr zuvor, nach dem Stand des Umbaus des Sophienstiftsplatzes gefragt.

Mit einem „Grundsatzbeschluss für eine basisnahe und interessenorientierte Beteiligung junger Menschen in Weimar“ ging der TOP Vorlagen und Anträge los. Andreas Leps hat für unsere Fraktion betont, dass wir mehr Beteiligungen der BürgerInnen prinzipiell begrüßen und insofern den Antrag als Einstieg darin betrachten. Dem Antrag der Kinderbeauftragten wurde einstimmig zugestimmt. Wir sehen nun den Ergebnissen der dreijährigen Pilotphase entgegen.

Die Stadt Weimar ist nun alleiniger Träger von Friedhöfen in der Stadt. Der Friedhof in Niedergunstedt wurde in städtische Trägerschaft (vorher Kirchgemeinde) übernommen. Eine beschlossene Änderung des Flächennutzungsplanes macht den Weg für eine Bebauung zwischen Albert-Kuntz-Straße und Ziegeleiweg frei.

Als weiterhin schwierig gilt das Zeughof-Quartier/Haus der Weimarer Republik. Schwierig daran ist die systematische Ausgrenzung des Rates und der Öffentlichkeit bei der Entscheidungsfindung durch den Oberbürgermeister. Ungeklärt ist bis heute die Frage der zukünftigen Trägerschaft und der dauerhaften Finanzierung der Betreiberkosten. Lest dazu auch die Mitteilung: <http://gruenlink.de/1c7e>.

Für uns ist zweierlei klar: Ohne Entwicklung des ganzen Quartier werden erneut nur Fassaden aufgehübscht, statt die Stadt zu entwickeln. Ein weiteres Museum brauchen wir in Weimar nicht,

schon gar nicht, wenn es die Stadt zahlen soll. Dann wäre es besser, mit dem Thema Weimarer Republik das Stadtmuseum zu stärken.

Ach und dann war da noch eine Haushaltssperre. Die kam natürlich zufällig zu der Zeit, als gerade kein Stadtrat tagte, also in der Sommerpause. Das sie kam, war keine Überraschung, war doch der Haushalt 2016 so aufgestellt, dass er gerade so eine Genehmigung bekam. Ziel war ausschließlich, gegenüber dem Land zu zeigen, Weimar ist eine tolle Stadt, die schaffen sogar, einen gedeckten Haushalt aufzustellen und können somit so (kreisfrei) bleiben wie bisher. Allerdings waren eben einige ungedeckte Schecks eingebucht worden, um im Bilde zu bleiben.

Angeblich sollte die Sperre alle Haushaltstitel um 20 Prozent kürzen. Allein: Manche Ämter wussten offenbar eher, dass eine Sperre kommt, und reichten ihre Mittel fix aus, andere wurden davon überrascht. Besonders bei Schulen und Schulhorten hat die Stadtverwaltung reingeholt, bei deren sowieso viel zu wenigen Mitteln für Verbrauchsmaterialien. Lest dazu unsere Mitteilung „Kein Sparen bei den Kurzen“ hier: <http://gruenlink.de/1c7f>.

Stadtratssitzung am 9. November 2016

Die Tagesordnung der 19. Sitzung des Stadtrates in der laufenden Wahlperiode war von Anfragen dominiert, ganze 18 warteten auf Antworten. Klar war daher, es konnten erneut nicht alle in der einen Zeitstunde beantwortet werden.

Große Wellen schlug unsere Anfrage zu Baumersatzpflanzungen in der Prellerstraße. Denn die Antworten der Dezernentin ließe ich so deuten, dass Ersatzpflanzungen nicht vorgesehen seien. Eine ersatzlose Fällung der Bäume würde jedoch gegen die städtische Baumschutzsatzung verstoßen. Wir haben das zum Anlass eines Antrages genommen, mehr Bäume für Weimar zu fordern und ganz wesentlich dazu beigetragen, dass die Stadt wenige Wochen öffentlich zu Ersatzpflanzungen, wenn auch zu späterem Zeitpunkt, bekannte.

Angefragt haben wir auch zum Einsatz von Streusalz in den letzten Wintern, zur Integration anerkannter Geflüchteter in Weimar, hier insbesondere zum städtischen Integrationskonzept, Zuständigkeiten und konkreten Maßnahmen, sowie zur Zweitwohnungssteuer. Jene wird auch z.B. bei jungen Menschen fällig, die gerade 18 geworden sind und bei zwei Elternteilen mit unterschiedlichen Wohnsitzen in Weimar gemeldet sind.

Nicht öffentlich wollte der Oberbürgermeister einige Fragen beantworten, wieviel die Kampagne zur Kreisfreiheit gekostet hat und an wen das Geld ging. Das könnte damit zusammenhängen, dass zwar 20.000 € im Haushalt standen, aber mal eben 30.000 € ausgegeben wurden. Übrigens in Zeiten, in denen eine Haushaltssperre galt und den Schulen die Gelder gestrichen wurden. Ebenfalls nur nichtöffentlich wurden unsere Fragen zur Zusammenarbeit der Tourist-Information mit (nur) einem Fahrradverleihanbieter beantwortet. Hier ging es uns um das Herstellen von Transparenz und faire Bedingungen für alle Anbieter.

Erneut vertagt und letztlich auf Ende 2017 verschoben wurden die Beschlüsse zu Änderungen in der Abfallentsorgung, so u.a. zur Senkung der Mindestmenge. Vorgeblich wegen unklarer Sachlage wegen der Gebietsreform (das dient derzeit häufig als Begründung für vieles Unliebsame)

geht es auch wohl vor allem um eine neue und strittige Gebührenordnung. Allerdings haben wir mit einem Antrag der Koalitionsfraktionen klargemacht, dass wir den Vertrag zur Entsorgung des Weimarer Restmülls in Erfurt unter den gegenwärtigen Konditionen nicht verlängern wollen. Der Vertrag war 2002 geschlossen worden, seinerzeit waren wir die Einzigen, die dagegen waren.

Eine längere Debatte gab es dann doch im Stadtrat, zum letzten Tagesordnungspunkt des öffentlichen Teils der Sitzung – Verfassungsbeschwerde gegen das Vorschaltgesetz. Sollte der Stadtrat den Oberbürgermeister ermächtigen, dies zu tun oder nicht. Die hier gehaltenen Reden stellen wir dank Wortprotokoll gern zur Verfügung. Unser Fraktionsvorsitzender hat vor allem drei Punkte betont: Sicher scheint nur die Unsicherheit. Und unsicher sind vor allem die Erfolgsaussichten einer Klage, insbesondere wenn sie sich nur auf das Selbstverwaltungsrecht und mangelhafte Beteiligung am Gesetzesverfahren beziehen. Genau daran sind die Klagen Greifswalds und Wismars vor dem Verfassungsgericht in Mecklenburg-Vorpommern 2011 gescheitert. Wichtiger ist jedoch, nicht alle Brücken hinter sich abzureißen, und zwar gerade weil die Erfolgsaussichten nicht übergroß sind. Der Verhandlungsweg mit dem Land muss weiter beschritten werden, um für Weimar das Beste herauszuholen. Wir wollen, das Weimar wächst. Die Umlandgemeinden profitieren von Weimar, von unserer Lebensqualität. Warum beteiligen sie sich dann nicht an deren Finanzierung, warum gehören sie also nicht zu Weimar. Auch das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Drittens ist die Notwendigkeit von Reformen in einem kleinen Bundesland mit nur 2 Millionen EinwohnerInnen, aber 16 Milliarden € Schulden nicht zu verleugnen.

„Wir sind eine große Partei, eine große Partei hat auch diverse Meinungen und so werden wir auch abstimmen, manche werden dafür sein, manche werden dagegen sein und manche werden sich enthalten“, so Andreas zum Ende seiner Rede.

29 Räte stimmten für die Verfassungsbeschwerde, 3 dagegen, 6 enthielten sich.

Die von der Stadt Weimar eingereichte Klageschrift hat uns die Stadtverwaltung trotz mehrfacher Anfrage nicht zur Verfügung gestellt. Wir haben sie auf anderen wegen trotzdem bekommen. Bei Interesse meldet Euch in der Geschäftsstelle.

Personalien

Uta Günther ist nun Sachkundige Bürgerin für uns im Kulturausschuss. Ihr beruflicher Blick als Stadtführerin auf die Kultur in unserer Stadt wird sicherlich eine Bereicherung für uns und den Ausschuss darstellen.

Termine

Verkehrsfragen bewegen derzeit die Stadtpolitik und die öffentliche Meinung – und das ist gut so. Die Neugestaltung des Sophienstiftsplatzes und damit zusammen der Goetheplatz stehen besonders im Fokus. Dazu haben sich Fraktion und Vorstand auch in mehreren Pressemitteilungen geäußert, wie: <http://gruenlink.de/1c7g> und <http://gruenlink.de/1c7h>.

Und noch ein Hinweis: Am 25. April findet um 18.30 Uhr, vorr. im Stadtratssaal, ein BürgerInnenforum zur Neugestaltung des Sophienstiftsplatzes statt. Wenn Ihr Lust habt, zukunftsfähige Verkehrspolitik und mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer an dem Platz und darüber hinaus einzufordern – da ist die Gelegenheit dafür.

Übrigens – wenn ihr unsere Pressemitteilungen auch bekommen wollt – auch dafür gilt: Nachricht an die Geschäftsstelle und ihr seid im Verteiler.



Fröhliche Ostern und herzliche Grüße:

Andreas Leps

Für die Fraktion